



# **Rettet Brandenburg die Volksinitiative**

An alle Ministerpräsidenten

E-Mail Adressen

An alle Bundestagsabgeordnete

[mail@bundestag.de](mailto:mail@bundestag.de)

Kloster Lehnin, 25.03.2020

## **Appell an die Vernunft**

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Kettenreaktion hat mit der Corona Pandemie gerade erst begonnen und wird sich zum Jahresende mit ihrer ganzen Zerstörungskraft branchenübergreifend auch in Deutschland zeigen.

Die Wertschöpfungskette wird in allen Branchen täglich neue Risse bekommen. Den Gefahren einer schweren Krise gilt es rechtzeitig entgegen zu wirken.

Die 120 Bürgerinitiativen unter dem Dach der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ fordern die Bundesregierung und alle Ministerpräsidenten mitwirkend auf, unverzüglich

- die Bürger und die Industrie von unnötigen Abgaben, wie Stromsteuer und Sektsteuer (eingeführt zur Finanzierung der kaiserlichen Flotte), zu entlasten,
- die Förder- und Subventionspolitik für Industrie und Forschung zu korrigieren,
- keinen weiteren langfristigen Bestandsschutz für die Einspeise-Vergütung, z.B. für Windkraftanlagen u.a., zu schaffen,
- die Landwirtschaft zu unterstützen mit dem Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln aus eigenem Aufkommen zu sichern,
- die Angleichung der Lebensbedingungen von Stadt und Land auch auf die medizinische Versorgung der Landbevölkerung zu beziehen.

Diese Forderungen leiten sich ab aus den Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre, die Deutschland auch ohne den Corona-Virus zunehmend schaden werden, wenn sie nicht unverzüglich korrigiert werden.

## **Erläuterungen:**

- Mit der EEG-Umlage (brutto 8,04 Cent/kWh) werden die Bürger gezwungen, mit jeder verbrauchten Kilowattstunde eine Energieerzeugung zu subventionieren, die ausschließlich auf Wind und Sonne gerichtet ist und **keine** der Grundforderungen der Energiewende erfüllt: für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltschutz -100% Fehlmeldung!

Das Energiewirtschaftsgesetz verlangt von jedem Energieerzeuger seinen Beitrag zur Sicherung der Versorgung – das ist mit Windkraft- und Solarenergieanlagen nicht realisierbar. Wir fordern aus diesem Grund, die EEG-Umlage für die Forschung an geeigneten Alternativen einzusetzen und die Privilegierung der Windkraft im § 35 BauGB nach nunmehr 24 Jahren Probezeit mit rücksichtsloser Zerstörung von klimaschützenden Wäldern und fruchtbaren Äckern zu streichen!

- Der Bundesrechnungshof hat bereits im Oktober 2018 die überzogene und nicht zielführende Förderung der Erneuerbaren Energien berechtigt kritisiert. Heute werden jährlich 33 Mrd. € an diese Branche gezahlt, ohne einen zufriedenstellenden Nutzen daraus erwarten zu können. Mit ungeeigneter Technologie ist die größte Naturzerstörung in Deutschland in Bewegung gesetzt worden. Das Ziel, die Reduzierung des CO<sub>2</sub>- Gehaltes der Atmosphäre, wurde trotz 30.000 Windkraftanlagen nicht erreicht. Mit der CO<sub>2</sub>-Steuer wurde bereits eine ausreichende Regulierung zugunsten CO<sub>2</sub>- freier Energieerzeugung beschlossen.

Die sachlich begründete Kritik an der aktuellen Energiestrategie von Wissenschaftlern, Ökonomen und erfahrenen Naturexperten wird nicht nur nicht angenommen, sondern von Politik und Medien diffamiert, lächerlich gemacht und der Öffentlichkeit mit verzerrter Interpretation der Energieeinspeisung aus Erneuerbaren Energien ein falsches Bild der Machbarkeit vermittelt.

Eine Abkehr von den Ausbauzielen für Windkraftanlagen ist unabdingbar. Im Gegensatz zu anderen Industrieländern beschränkt sich Deutschland auch in der Forschung auf Energie aus Wind und Sonne und verpasst den technischen Anschluss.

Wir fordern, dass unverzüglich die Förderung der Forschung ausgedehnt wird auf Energieerzeugung, die bei minimalem Ressourcenverbrauch unsere Versorgung sichert, die Naturräume schont und gesundheitliche Beeinträchtigung von Mensch und Tier ausschließt.

Dabei sollte auf vorhandene Ergebnisse, z.B. chemische Salzreaktionen für Wärmeerzeugung, Generation IV der Kernkraft (vor allem den Endlagerkapazität reduzierenden Dual Fluid Reaktor) sowie die Zukunftstechnik einer Kernfusion, aufgebaut werden.

- Die ergebnislose Förderung der Windenergiegewinnung ist einzustellen.

Die für das Jahresende 2020 zu erwartende Wirtschaftskrise zwingt ab sofort zu einem sorgsamem Einsatz von Fördermitteln und zum Abbruch von Projekten, die die Wirtschaftskraft Deutschlands weiter schwächen und langfristig keinen Vorteil erkennen lassen. Stattdessen sind umwelt- und wettbewerbsdienliche Anreize zum sparsamen Verbrauch für alle Energieträger einzuführen.

Im Jahr 2013 hatte der Gutachter Stefan Klinski im Auftrag des BMU die Möglichkeit der nachträglichen Änderung von Einspeise-Vergütungssätzen geprüft und festgestellt, dass diese **„unechte Rückwirkung“** grundsätzlich erlaubt sei, wenn nachträglich festgestellt würde, dass die gezahlten Vergütungen wirtschaftlich zu hoch seien. Speziell die Vergütungen der unstillen Einspeisung von Windstrom sind zu hoch und müssen zur Milderung der Auswirkungen einer Wirtschaftskrise drastisch gekürzt oder ausgesetzt werden.

Um für weitere 20 Jahre keinen neuen Bestandsschutz aufzubauen, sind alle Genehmigungsverfahren für Windkraftindustrieanlagen sofort abzuberechnen.

- Die landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands erfahren seit über 20 Jahren zunehmend eine Nutzungsänderung durch Siedlungsbebauung, Industrialisierung mit Windkraftanlagen und Solarflächen, großflächige Bestückung mit Energiepflanzen und dem Versuch von Ersatzaufforstungen zwecks Umwandlung in Wald.

Die Fläche Deutschlands ( 357.582 km<sup>2</sup> ) wird rein statistisch zu 50 % landwirtschaftlich genutzt. Die Realität zeigt jedoch eine zunehmende Einschränkung dieser Nutzung und es muss gefragt werden, wie lange noch infolge der Industrialisierung für Energiegewinnung die Bevölkerung aus eigenem Aufkommen mit Grundnahrungsmitteln versorgt werden kann?

Der deutsche Wald mit 11,4 Mio ha speichert 52 Mio t CO<sub>2</sub> und wird in Deutschland unter dem Deckmantel des Klimaschutzes unverantwortlich fragmentiert für die Industrialisierung mit Windkraftanlagen und Solarfeldern. Diese Doppelmoral zerstört irreversibel das ökologische Gleichgewicht und muss sofort gestoppt werden.

- Gemäß Grundgesetz sind die Lebensbedingungen in Stadt und Land weitgehend anzugleichen. Davon ist Deutschland heute sehr weit entfernt. Der Landbevölkerung wird die ganze Last der Erneuerbaren Energien aufgebürdet – einschließlich der gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie

Bluthochdruck, Schlafprobleme, Tinnitus, Herzschwäche u.a. durch Lärm und Infraschall ausgehend von Windkraftanlagen.

Dem gegenüber steht der kontinuierliche Schrumpfkurs des ländlichen Gesundheitswesens.

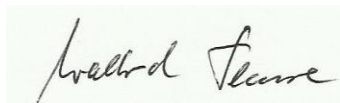
Die Corona-Pandemie berechtigt zu der Forderung, im Gesundheitswesen den Mensch wieder in den Mittelpunkt zu stellen und nicht den Profit.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesregierung hat einen hohen Vertrauensverlust zu verzeichnen, denn sie hat in vielen Politikfeldern die falsche Strategie gewählt und selbstherrlich auf die Erfahrungen von unabhängigen Experten verzichtet und die angebotene Mitwirkung sachkundiger Bürger und Bürgerinnen nicht angenommen.

Jetzt gilt es, Deutschland vor den Folgen einer Wirtschaftskrise zu bewahren und darum fordern wir Sie auf, unseren heutigen Appell an Ihre Vernunft und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit statt unproduktiver Konfrontation zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Mitglieder des Vorstandes der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“



Waltraud Plarre

T. 0173 23 62 974

[plarre@t-online.de](mailto:plarre@t-online.de)

gez. Rainer Ebeling

Rainer Ebeling

T.0174 6107940

[rainer.ebeling@crussow.de](mailto:rainer.ebeling@crussow.de)

gez. Hans-Jürgen Klemm

Hans-Jürgen Klemm

T. 0151 56090040

[rhj.klemm@gmail.com](mailto:rhj.klemm@gmail.com)

